

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenduplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

### Neuer Angriff auf die Tarifverträge.

Die Unternehmer als schärfste Verfechter des kapitalistischen Systems kennen in ihren Angriffen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen keine Grenzen. Selbst ein so horrender Abbau, wie er im Jahre 1931 mit Hilfe von Regierungsmaßnahmen (Notverordnung) durchgeführt worden ist, genügt ihnen nicht. Ein neuer Angriff soll folgen mit Ablauf der Frist, die durch die Notverordnung für die Verträge vorgesehen ist, und das ist der 30. April d. J. Befragt die „neue“ Forderung des Reichsverbandes der Industrie denn etwas anderes? Der Reichsverband fordert, daß sobald wie möglich auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen eine freie Entwicklung wieder hergestellt werde im Sinne der Ermöglichung freier Vereinbarungen, insbesondere über den Arbeitslohn. Einen Angriff auf das System der Tarifverträge soll das nicht bedeuten, sondern eine Anpassung an die wirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten, eine Auflockerung der Erstarrung, die im höchsten Maße unsozial wirke, weil sie dem einzelnen keine Besserung seiner Lage, sondern im Gegenteil den Verlust der Arbeitsstätte bringe.

Die „Eisenbartkur“ im letzten Jahre, die durch die Lohnherabsetzung und den Eingriff in die Tarifverträge vorgenommen wurde, die ihren Höhepunkt durch die Notverordnung im Dezember fand, hat den Patienten von seiner Krankheit noch nicht geheilt, also muß eine neue Prozedur (Verfahrensart) vorgenommen werden. Diese „neue“ Prozedur ist aber nur etwas Altes. Wenn Schwierigkeiten für den Betrieb auftreten, kennt der Unternehmer fast immer nur einen „Ausweg“ und der ist: Lohnherabsetzung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Ob die Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen die Ursachen dieser schlechten Abfahrlage und der eingetretenen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten sind, danach wird nicht gefragt. Es wäre allerdings schon viel wert, wenn bei dem größten Teile der kapitalistischen Vertreter wenigstens die Erkenntnis käme, daß nicht die Lohn- und Arbeitsbedingungen die Ursachen dieser schwierigen Sachlage sind. Vielleicht käme dann auch mit der Zeit die weitere Erkenntnis, daß es verfehlt ist,

fortwährend Angriffe auf den Lohnstandard und die Arbeitsbedingungen

vorzunehmen, weil damit der Ist abgeklärt wird, auf dem die Herren Kapitalisten sitzen. Die Hoffnung auf die Gewinnung dieser Erkenntnis bei dem Unternehmer können wir aber ruhig zu Grabe tragen, das beweist der „neue“ Appell des Reichsverbandes der Industrie. Um so mehr gilt für die Arbeiterschaft, für die Vertreter der freien Gewerkschaften, mit Entschlossenheit und Tatkraft den neuen Bestrebungen der Industrie auf weitere Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft energisch entgegenzutreten. Der Tiefstand des gegenwärtigen Lebensniveaus ist derartig, wie er seit Bestehen des kapitalistischen Wirtschaftssystems (ausgenommen die große Inflationszeit in Deutschland) bisher noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Eine weitere Verschlechterung des Lohnstandards und der Arbeitsbedingungen bringt nicht neue Arbeitsmöglichkeiten, wie der Reichsverband der Industrie erhofft, sondern weitere Verarmung der Bevölkerung, größere Abfahrlage und dadurch größere Arbeitslosigkeit, und die weitere Folge muß der Zusammenbruch sein.

In einer Ende Dezember 1931 geführten Lohnverhandlung für die mechanische Fensterglasindustrie sagte der Generaldirektor Dr. Selig bei den Versuchen der Arbeitnehmervertreter, die Arbeitgeber von dem Standpunkt der 15prozentigen Lohnherabsetzung abzubringen, daß ihm dies vorkäme, als wenn an einem Kranken ein sofort notwendiger operativer Eingriff, der nur zur Gesundung führen könnte, nicht vorgenommen würde. Er bestand also auf diesem Eingriff. Als der Unterzeichnete ihn dann fragte, ob er unter Beachtung des angewendeten Gleichnisses die Meinung verkrete, daß dieser von ihm geforderte radikale Eingriff zur Gesundung der Industrie und der Wirtschaft führe, gab es eine Minute Verlegenheit und die Antwort war unklar. Damit wurde zugegeben, daß der Vergleich nicht stimmte, und es ist so:

Die Unternehmer wissen keinen anderen Ausweg, als immer wieder den Lohnstandard möglichst stark anzugreifen.

### Fiasco des Lohnabbaues.

Die Reichskreditgesellschaft hat in ihrem Jahresbericht für 1931 angenommen, daß das Einkommen der Bevölkerung von 76 Milliarden Mark im Jahre 1929 auf 50 bis 60 Milliarden Mark im Jahre 1931 zurückgegangen ist, also eine Senkung von 21 bis 34 v. H. Daß hierbei die Arbeiterbevölkerung und die Beamten stark die Leidtragenden sind, bedarf keiner besonderen Beweisführung. Wie sich diese Preis-, Lohn- und Gehaltsenkungsaktion ausgewirkt hat,

in Verfolg des Standpunktes des Reichsverbandes der Industrie ist innerhalb unseres Verbandsgebietes für die Weißhohlglasindustrie der Mantelvertrag und für die Papiererzeugungsindustrie der Gesamtarbeitsvertrag von Arbeitgeberseite gekündigt worden. Der zuletzt genannte Vertrag läuft aber erst zum 30. Juni 1932 ab. Ein offener Zustand tritt mit dem 30. April für den Rahmenvertrag der Konjunkturindustrie ein. In der grobkeramischen Industrie steht uns ein ungeheures Arbeitsgebiet zur Regelung der Arbeitsbedingungen offen, sobald die Konjunktur nur einigermaßen einsetzt.

Daß der Schußverband Deutscher Glasfabriken wieder an der Spitze steht bei dem Versuche zur Herbeiführung weiterer Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, wundert uns nicht. Er ist dafür bekannt. Die schwierige Lage in der Weißhohlglasindustrie soll von uns absolut nicht verkannt werden. Aber andere Industrien sind keinesfalls besser daran. So viel soll der Schußverband heute schon wissen, daß wir keinesfalls gewillt sind, neben den gewaltigen Lohnverschlechterungen noch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des minimalen Urlaubes hinzunehmen. Die Rechtsprechung nach dem Urlaubsparagrafen hat Zustände gebracht, die für die Arbeiterschaft unhaltbar geworden sind. Hier ist uns durch die Kündigung des Schußverbandes nunmehr Gelegenheit gegeben, entsprechende Forderungen zu stellen, die wir mit Nachdruck vertreten werden.

Die Maßnahmen der Reichsregierung durch die Notverordnung im Dezember haben dem Volke mit Klarheit gezeigt, daß eine Ankurbelung der Wirtschaft durch den einschneidenden Eingriff in die Lohnhöhe nicht eingetreten, sondern bedauerlicherweise das Gegenteil zu verzeichnen ist. In einem Wochenbericht vom Februar des Instituts für Konjunkturforschung heißt es:

„Die Produktion sinkt auf der ganzen Linie, die Zustände an den Kreditmärkten drohen die noch verbliebene Unternehmertätigkeit vollends zu droffeln.“

Das ist die beste Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation.

Über 6 Millionen Arbeitslose hat Deutschland trotz Notverordnung zu verzeichnen.

Eine größere Armut ist eingetreten. Es sind Wege zu suchen und zu betreten, die eine Kaufkraftstärkung mit sich bringen, weil nur so eine Ankurbelung der Wirtschaft möglich ist. Neue Angriffe auf Lohn- und Arbeitsbedingungen führen zum weiteren Verhängnis, zur vollkommenen Verelendung und zum Zusammenbruch. So gut wie es im Dezember vorigen Jahres dem Reichsarbeitsminister und der Reichsregierung möglich war, durch die Notverordnung einschneidende Eingriffe in den Lohnstandard vorzunehmen, muß es diesen Stellen möglich sein, auf Grund der gewonnenen Erkenntnis der Auswirkungen dieser Notverordnung einen gewissen Ruhezustand in den Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten zu lassen, damit an die Frage der Arbeitsbeschaffung herangegangen werden kann. Mehr Initiative in dieser Richtung ist nicht nur das Gebot der Stunde für die Vertreter der freien Gewerkschaften, sondern es ist vor allen Dingen auch das Gebot der Stunde für die Reichsregierung, insbesondere für den Reichsarbeitsminister.

Gelingt es, die Kreditfrage und die Frage der Arbeitsbeschaffung zu lösen — und darauf muß zur Zeit die ganze Kraft aller Einsichtigen konzentriert werden —, dann wird auch, wenn auch langsam, wieder die Beschäftigungsmöglichkeit des Heeres der Arbeitslosen eintreten und damit auch eine stetige Ankurbelung der Wirtschaft. Darüber müssen wir uns klar sein, daß für die Dauer die gegenwärtige Lohnlage nicht haltbar ist und nur ein gewisser Ruhezustand in Betracht kommen kann. Erneute Angriffe auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sinne der Kundgebung des Reichsverbandes der Industrie lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab, und wir setzen diesem Vorhaben den stärksten Widerstand entgegen.

Karl Müller.

ergibt die enorm steigende Anzahl der Arbeitslosen. Ist doch volkswirtschaftlich das Ergebnis zu verzeichnen, daß von 21 Millionen Arbeitskräften heute nur 15 Millionen noch in Arbeit stehen, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich unter den in Arbeit stehenden ungefähr 3 Millionen Kurzarbeiter befinden. Wir stehen also jetzt vor dem Abschluß einer wirtschaftspolitischen Aktion, wo der Lohnabbau keinen wirtschaftlichen Aufschwung, nicht einmal einen Stillstand der ungünstigen Entwicklung herbeigeführt hat.

### Karfreitag.

Er war ein Mensch wie wir, durch seine Hände Mit heißem Schmerz bohren sich die Eisen. Und seine Wunden schnitten ohne Ende. „Mich dürstet!“ Kaum vernehmbar klang in leisen, Erdrückten Lauten seines Jammers Flehn, Aus seinen Augen sprachen Klageweisen.

„O Herr, laß diesen Kelch vorübergeh'n!“ Die Seele schrie es befehd immer wieder. Er starb, wie keinen sterben man geh'n.

Dann kamen Krieger, brachen Glieder Und nahmen Würfelbecher in die Hand Und setzten sich mit rauhen Worten nieder.

Sie spielten um sein schmutziges Gewand Und gingen, schweigend, schimpfend oder lachend, Zur Stadt zurück, wo die Kaserne stand.

Und doch, es riß des Tempels Vorhang krachend, Von irgendwo erhob sich ein Geschlecht, Zu einem neuen Glauben jäh erwachend...

Henning Ouderstadt.

### Vorläufiges Ergebnis der Reichspräsidentenwahl.

Das vorläufige amtliche Ergebnis, das vom Reichswahlleiter errechnet wurde, lautet folgendermaßen: Gültige Stimmen 37 660 377. Duesterberg 2 557 876, Hindenburg 18 661 736, Hitler 11 328 571, Thälmann 4 971 079, Winter 111 477. Wenn sich diese Ergebnisse bestätigen, wird ein zweiter Wahlgang stattfinden müssen, da an der absoluten Mehrheit für Hindenburg etwa 170 000 Stimmen fehlten. Die Stimmen für Hitler blieben weit unter der von den Nazis erwarteten Zahl.

### RGO. belügt die Arbeiterschaft.

Die kommunistische Hezpresse und die Spitzelorganisation, genannt RGO. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), verkünden in ihren Blättern riesige Erfolge über die kommunistische Werbearbeit in der chemischen Industrie. In der in Köln erscheinenden „Sozialistischen Republik“ vom 22. Februar wird berichtet, daß die Arbeiterschaft der Elementefabrik sich geschlossen hinter die RGO. gestellt hat. Wir sind mit dem angeblichen RGO.-Betriebsrat in Verbindung getreten und konnten erfreulicherweise feststellen, daß in diesem Artikel, der ja für die große Öffentlichkeit bestimmt war, schmählich gelogen wurde. Auch hier zeigt sich, daß die RGO. unter allen Umständen den kommunistischen Lesern der „Republik“ Erfolge aufzählen will, die geradeheraus gesagt, purer Schwindel sind. Der Betriebsrat der „Rhenus“, Elementefabrik, hat uns die nachstehende Erklärung zugehen lassen:

Erklärung:

Die „Sozialistische Republik“ bringt in ihrer Ausgabe vom 22. d. M. einen Bericht über die Versammlung der Arbeiterschaft der „Rhenus“, Elementefabrik, Köln-Buchheim. Der Bericht besagt, daß 46 Frauen und Jungarbeiterinnen, 4 Kollegen und der gesamte Betriebsrat ihren Eintritt in der RGO. vollzogen haben. Das ist glatter Schwindel.

Der unterzeichnete Betriebsrat gibt hiermit die Erklärung ab, daß die in dem Artikel stehenden Angaben nicht der Wahrheit entsprechen. Dasselbe gilt für die angeführte Lohnabrechnung, in der der Wochenlohn von einer Arbeiterin auf 17,96 Mk. angegeben wurde. Dieser Lohn wurde infolge Kurzarbeit in 31 Arbeitsstunden verdient.

Der Betriebsrat J. A. Joh. Prinz.

So belügt die „Sozialistische Republik“ ihre Leser und täuscht der Arbeiterschaft Erfolge vor. Diese Maulhelden hat die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie schon längst erkannt und alle Versuche der RGO., in den chemischen Fabriken festen Fuß zu fassen, sind gescheitert. Es freut uns, daß auch die Arbeiterschaft der Elementefabrik Köln-Buchheim von diesen „Revolutionären“ nichts wissen will.

P. Hertwig.

### Vorwärts geht es trotz alledem!

Der Kollege Jos. Jakobs, Vorsitzender des Arbeiterrates der Firma Stöcker & Kunz, Fabrik feuerfester Produkte in K.-Mülheim, hat in der Zeit vom 8. bis 27. Februar 1932 dem Fabrikarbeiterverbande 30 neue Mitglieder zugeführt. Das ist eine hervorragende Leistung, der von allen Funktionären, von allen Mitgliedern nachgeeifert werden muß. — Im Betriebe der Firma Stöcker & Kunz wird seit 1½ Jahren nur 24 bis 38 Stunden gearbeitet. Auch die Stundenlöhne und Akkordüberverdienste liegen unter denen aller übrigen Industriezweige. Trotzdem dieses glänzende Ergebnis! Damit ist erneut der Beweis erbracht, daß trotz der Wirtschaftskrise mit allen ihren drückenden Begleiterscheinungen für die Organisation gute Werbeerfolge zu erzielen sind. Mit zäher Willenskraft und Ausdauer lassen sich die meisten Widerstände überwinden. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, wo mit derselben Energie und Willenskraft in den übrigen Betrieben gearbeitet wird.

# Was der Faschismus verspricht und wie er sein Versprechen hält.

## Das italienische Vorbild der Nationalsozialisten.

Vor den Vertretern der Gewerkschaften und Hammer-schaften in Kiel sprach der Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Thieinig, über Staat, Partei und Gewerkschaften in Italien. Aus dem Teil der Ausführungen Thiemigs, der uns als Gewerkschafter besonders angeht, geben wir hier die wichtigsten Abschnitte wieder:

### Der Faschismus und sein deutsches Ebenbild.

Die Nationalsozialisten haben ein sogenanntes unveränderliches Programm aufgestellt, mit dem sie vielen Leuten vieles versprochen und deshalb auch viele Leute eingesperrt haben. Man kann sich nach diesem Programm jedoch nicht richten, denn die Nationalsozialisten sagen ja selbst, was sie nach der Machtergreifung tun würden, das sei ihre Sorge. Wir müssen deshalb den Blick nach Italien richten, denn die italienischen Zustände werden besonders in staatspolitischer Hinsicht von den deutschen Nationalsozialisten, in wirtschaftlichen Fragen von deutschen Unternehmern erstrebt.

### Was die Faschisten versprochen ...

Auch die italienischen Faschisten haben, bevor sie zur Macht kamen, ein vielversprechendes Programm gehabt, genau wie die deutschen Nationalsozialisten. In dem Programm des italienischen Faschismus wurden 1919 folgende Forderungen aufgestellt:

1. Volksparlament als Bestandteil der internationalen Völkerversammlung;
2. Ausrufung der Republik und allgemeines, gleiches Wahlrecht, Ausrottung der Bürokratie;
3. Abschaffung aller Titel, Abschaffung der politischen Polizei und Unabhängigkeit der Gerichte;
4. Abschaffung der Militärpflicht und Verbot der Waffenfabrikation;
5. Gewissensfreiheit, Presse- und Propagandafreiheit, Bewegungsfreiheit und Versammlungsfreiheit;
6. Verstaatlichung der Banken und Aktiengesellschaften, Verbot der Bank- und Börsenspekulation;
7. Enteignung der Grundbesitzer, Einziehung der arbeitslosen Einkommen, Erhöhung der Erbschaftsteuer, Abzahlung der Staatsschulden durch die besitzenden Klassen;
8. Beteiligung der arbeitenden Gesamtheit an den Betrieben, Übergabe des Bodens an die Bauern, Übernahme der Bodenbearbeitung durch die Bauerngenossenschaften, Übergabe der Verwaltung von Industrie- und Verkehrswesen an die Gewerkschaften;
9. Abschaffung der Geheimdiplomatie, Abrüstung, Politik der Entschärfung der Völker.

### ... und was die Faschisten verwirklicht.

Wie erfüllte der Faschismus seine Versprechen? Er erfüllte sie in keinem Punkte und statt des ursprünglichen Programms erlebte man

1. die Abschaffung des Parlaments, Sabotierung des Völkerbundes und der Verständigung;
2. Unterjüngung der Monarchie, Abschaffung des Wahlrechts und ungeheures Anschwellen der Bürokratisierung des wirtschaftlichen Lebens;
3. Privilegien für Titelträger, ungeheure Verstärkung des Apparats und der Befugnisse der politischen Polizei, Aufhebung der Unabhängigkeit der Gerichte;
4. Ausdehnung der Militärpflicht bis auf die Kinder, Militarisation der ganzen Bevölkerung, Ausdehnung der Waffenfabrikation;
5. Abschaffung aller Freiheiten;
6. Privatisierung der Staats- und Genossenschaftsbanken, Schluß der Börsenspekulation;
7. Schuß der Grundbesitzer und der arbeitslosen Einkommen, Abschaffung der Erbschaftsteuer, Abzahlung der Staatsschulden durch Verbrauchsteuern;
8. Schuß und Stärkung des Privateigentums, Vernichtung der Genossenschaften und Gewerkschaften, Ausdehnung der Privilegien der Grundbesitzer;
9. ungeheure Ausdehnung der Geheimdiplomatie, Politik der Aufrüstung und des Völkerhaßes.

### Gewaltstaat statt Rechtsstaat.

Seit dem 3. Januar 1925 soll angeblich der faschistische Rechtsstaat bestehen. Wenn das der Fall ist, so muß ja mindestens für die Zeit vorher eine Zeit der Rechtslosigkeit bestanden haben. Das ist auch nicht zu bestreiten. Wir bestreiten aber, daß der italienische Staat seit 1925 ein Rechtsstaat ist. Das Gegenteil ist der Fall. Nachdem Matteotti ermordet wurde und sich in Italien ein Professorenum erhob, küßt sich Mussolini ganz offen auf das System der Gewalt. Seit 1925 gibt es in Italien keine Opposition mehr. Sie wird nicht mehr geduldet. Pressefreiheit besteht nicht mehr. Oppositionelle Zeitungen werden unterdrückt, wenn nötig, geplündert und zerstört. In Italien wird die Aufdeckung von Missetaten durch die Presse verhindert, erlaubt ist nur die Schimpflichkeit auf die Gegner des Faschismus durch die Presse. Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit besteht nur für Faschisten. Die Lehrfreiheit, auch an den Hochschulen, ist vernichtet. Viele Professoren und Führer der Opposition mußten das Land verlassen. Beamte und Richter, die sich nicht fügen, werden entlassen und gemordet. Anspruch auf verbrieft Rechte oder Pension haben sie nicht.

Polizeigesetze von 1925 und 1926 geben die juristische Handhabe für dies Vorgehen, gegen politisch Missetätige werden militärische Gerichte eingesetzt, vor denen den Angeklagten nur Offiziersverfechtiger gestellt sind, die ebenfalls aus dem Militärstande kommen. Es besteht also ein schärfstes politisches Ausschlußrecht. Die Urteile, die hier gesprochen werden, laufen auf schwerste Verbannung und Entziehung des

Staatsbürgertums. Wer im Auslande Handlungen begeht, die den Faschisten nicht gefallen, verliert die Staatsangehörigkeit, sein in Italien befindliches Vermögen wird eingezogen.

Die Berufung auf die Rechtsgrundlage des Faschismus ist also nichts als eine Phrase. Der Unterschied besteht nur darin, daß den italienischen Arbeitern vorher gesagt wurde, ihr habt kein Recht auf Freiheit, während man ihnen heute sagt, ihr habt nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zur Freiheit — aber nur zu derjenigen, die der faschistische Staat will.

### Die Stütze des Faschismus.

Das faschistische Staatsystem stützt sich auf die disziplinierte mehrpartei „Elite“, die faschistische Partei, die Jugend und die Miliz, ferner auf die Beamtenhierarchie und auf den Korporatismus. Dieser Korporatismus ist jedoch nur ein Deckmantel der Öffentlichkeit gegenüber mit dem Ziel, ein Mitbestimmungsrecht des Volkes vorzutäuschen.

Die faschistische Partei umfaßte 1930 über 1 Million Mitglieder, darunter ein Zehntel Frauen. In der 1. Stufe der Jugendorganisation, Balilla, sind 950 000 Kinder von 8 bis 14 Jahren, in der 2. Stufe, der Avantgarde, umfassend 14- bis 18jährige Jungen, sind fast 400 000.

Der faschistische Miliz gehören 300 000 an. Sie sind dem Staat eingedient, unterstehen aber dem Befehl des Duce (Führers). Ihr ausgesprochener Zweck ist die Verteidigung der faschistischen Revolution. Die Kosten für diese Organisationen trägt der Staat. Aus der Jugendbewegung rekrutiert sich die Partei seit 1927, als die Mitgliederlisten geschlossen werden mußten, weil zuviel Unfähige und Unwürdige in die Partei gekommen waren. Die Jugend wird zu kritiklosem Gehorsam erzogen. In ihrem ganzen Leben, bei aller Arbeit wird sie überwacht, sie denkt und handelt nicht nach Recht, sondern nach Vorteil und Nutzen.

Der rechtsstehende Professor Dr. Ludwig Bernhard schreibt darüber, sein Urteil wird gestützt durch Professor Dr. Heller:

„Man weiß, daß es heute in Italien keineswegs als besondere Ehre gilt, der faschistischen „Elite“ anzugehören.“

### Die Korporationen.

Der Korporatismus gliedert die Bevölkerung in Berufsvereinigungen. Er ist noch nicht durchgeführt, vorausgegangen ist ihm aber die Zerstörung der alten sozialistischen und katholischen gewerkschaftlichen Organisationen, der Genossenschaften und Konsumvereine. Über den Korporatismus steht der Staat. Arbeiter, die in ihnen Mitglied werden wollen, müssen nach faschistischen Begriffen moralisch und politisch einwandfrei sein.

Die Korporationen haben folgenden Aufbau: Es gibt Organisationen der Unternehmer und Berufsverbände der Arbeiter und Angestellten. Diese müssen getrennt sein. Zwischen beiden steht die Korporation, eine Staatsorganisation. Die Verbände unterstehen auch der dauernden Überwachung und Kontrolle durch den Staat. Die gewählten Funktionäre brauchen die Befähigung der Regierung, sie kann jederzeit widerrufen werden. Der Minister kann dem Verband die Verwaltung entziehen und einem Kommissar übertragen. Der Minister kann den Verwaltungsrat auf ein Jahr suspendieren. Dann herrscht der von ihm abhängige Vorsitzende oder Sekretär unbeschränkt.

Für jede Industrie- oder Berufsgruppe gibt es nur eine einzige anerkannte Organisation. Konkurrierende Verbände sind so gut wie ausgeschlossen. Wenn nicht mindestens 10 Prozent der Arbeiter der jeweiligen Berufsgruppe zu einem Verband zählen, wird dieser Verband von vornherein nicht zugelassen. Es wird selbstverständlich von Anfang an unmöglich gemacht, daß sich 10 Prozent der Arbeiter zu einem neuen Verband zusammenschließen.

Die staatlich anerkannte Organisation ist berechtigt, allen Arbeitern, auch Nichtmitgliedern, jährliche Beiträge aufzuerlegen. Die Beiträge werden gleich vom Lohn abgezogen. Der vielversprochene Satz in der Arbeitsverfassung („Carta del Lavoro“): „Die berufliche Organisation ist frei“ entspricht also in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen.

Insgesamt gibt es für Arbeiter und Unternehmer 13 Organisationsgruppen, und zwar die Landwirtschaft, die Industrie, der Handel, der See- und Lufttransport, der Landtransport und die Binnenschifffahrt sowie die Banken, jedesmal getrennt in Arbeiter- und Unternehmergruppen. Als 13. Gruppe gibt es dann noch die freien Berufe. Die staatliche Arbeitsvermittlung enthält gewissen Organisationszwang, sie geht so vor sich, daß diejenigen zuerst Arbeit bekommen, die am längsten in Partei und Organisation sind.

### Das Idealstimm für deutsche Unternehmer.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder belief sich im Oktober 1928 auf 2,7 Millionen, eine Zahl also, die stark genug wäre, um mit ihr Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Davon ist in Italien jedoch nicht die Rede. Der höchste Stundenlohn für die besten Facharbeiter beträgt 41 Pfennig. An Sozialausgaben werden in Italien jährlich 3,50 Mk. je Kopf der Bevölkerung geleistet, während Deutschland jährlich je Kopf der Bevölkerung 33,50 Mk. und England sogar 77,50 Mk. leistet. Dies System der geringeren Soziallasten und geringeren Löhne ist es, was die deutschen Unternehmer herbeisehnen, deshalb unterstützen sie Hitler und seine Partei.

Ein Beweis für den geistigen Zwang in Italien war die geheime Wahl der Betriebsräte im Jahre 1925. Infolge dieser geheimen Wahl ergab sich eine große Mehrheit für die sozialistischen Vertreter. Drei Monate später waren diese Betriebsräte jedoch aufgelöst und das Betriebsrätegesetz beseitigt.

Alles in allem läßt sich sagen, daß die italienische Korporation der Arbeitnehmer die staatliche berufliche Vereinigung im Interesse der Produktion zur Förderung der Privatwirtschaft ist, während bei uns die Gewerkschaft ein Verband zur Wahrung der Arbeits- und Lohninteressen ist. Die Korporation soll die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern im Sinne der Zusammenarbeit gestalten, während der Klassenkampf abgelehnt wird. Kollektive Verträge sollen abgeschlossen werden. Sie müssen die Produktion der Privatindustrie fördern.

Selbsthilfe in der Form von Sabotage, des Streiks oder der Aussperrung ist verboten und deshalb strafbar.

### Der Staat herrscht.

Neben diesem vertikalen Aufbau in 13 Säulen besteht noch die horizontale Verbindung, in der ausschließlich der Staat vorherrscht. Die horizontalen Verbindungen dürfen von den Berufsverbänden nicht abhängig sein. Sie sollen die eigentliche Brücke zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden bilden. Ihre höchste Spitze ist der Nationalrat der Korporationen, deren Vorsitz der Minister der Korporationen hat. Die verbindenden Zentralorgane sind gesetzliche Staatsorgane und haben keinerlei Selbständigkeit. Das Wort Korporation für die Berufsverbände ist deshalb bewußt falsch gewählt, denn eine Korporation ist eine Vereinigung mit freiem Willen und eigenen Gesetzen, wovon in Italien jedoch nicht die Rede sein kann. Der Staat umklammert und beherrscht die berufsständigen Organisationen.

### So sieht das italienische „Wahlrecht“ aus.

Die oberste Stufe der Gesetzgebung bildet das berufsständische Parlament. Die 400 Vertreter dieses Parlaments werden nicht wie bei uns gewählt, sondern vom Großrat ernannt, jedoch haben die Korporationen ein Vorschlagsrecht für dies berufsständische Parlament. Die Korporationen machen 800 Vorschläge, und zwar nach einer ganz bestimmten Quote. Die Landwirtschaft stellt 24 Prozent, die Industrie 20 Prozent, der Handel 12 Prozent, die Schifffahrt 10 Prozent usw. Davon schlagen die Unternehmerverbände eine ebenso große Zahl von Vertretern vor wie die Arbeitnehmer. Außerdem schlagen die faschistischen Organisationen der Eisenbahner, Lehrer und Beamten ebenfalls 200 Vertreter vor, so daß dem Großrat zur Auswahl der Sitze in der Kammer 1000 Vorschläge vorliegen. Aus diesen greift der Großrat der faschistischen Partei dann 400 Leute heraus. Die Wähler haben nur das Recht, diese gestiebte und wieder gestiebte Liste anzunehmen oder zu verwerfen.

Zu allem Überflus ist auch das Wahlrecht in einer Weise beschränkt, die für das faschistische Regime günstig ist. Wähler können nur Mitglieder einer Berufsvereinigung sein, ferner müssen sie als Steuerzahler mindestens 100 Lire an direkter Steuer zahlen, oder sie müssen Beamte des Staats oder der Kirche sein. Das Wahlgeheimnis ist nicht gesichert. So kommt es, daß bei der Wahl im Jahre 1929 insgesamt 98 Prozent der Wähler die Vorschlagsliste annahmen. Es würde den Wählern auch gar nichts nützen, die Liste abzulehnen, denn neue Vorschläge würden ebenfalls wieder durch die staatlich geleiteten Berufsvertretungen vorgenommen. Die Minderheit bekommt in dem Falle ein Viertel der Sitze, die Mehrheit drei Viertel. Die Minderheit hätte selbst mit diesem Ergebnis nichts gewonnen, denn die Tagesordnung der Kammer wird ausschließlich von Mussolini bestimmt.

### Eine Stütze der Privatwirtschaft.

Der faschistische Staat betreibt nur wenige wirtschaftliche Unternehmungen. Der von Mussolini eigenhändig angeführte Grundsatz im Arbeitsgesetz lautet: „Der korporative Staat betrachtet die private Initiative auf dem Gebiet der Produktion als das wirksamste und nützlichste Instrument im Interesse der Nation.“

Das Prinzip ist also privatkapitalistisch. Mussolini verlangt zwar von den privaten Eigentümern der Produktionsmittel viel Geld, insbesondere für die Jugendorganisationen, aber er gibt ihnen die Garantie, daß ihnen im übrigen nichts geschieht. Wenn den italienischen Unternehmern auch manche staatliche Zwangsmassnahmen, z. B. anlässlich der großen Bankpleiten im vergangenen Jahre, nicht paßt, so hat Mussolini ihnen aber doch gegeben, was keine Privatindustrie der Welt besitzt: die absolute Sicherheit gegen Arbeitskämpfe und Streiks. In der Streikverhinderung sieht er die eigentliche Prüfung, den eigentlichen Befähigungsnachweis des Faschismus.

### Was lehrt uns Italien?

Wir haben also vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus den Faschismus als den Todfeind der gewerkschaftlichen Organisation, der Demokratie, der Sozialversicherung und des Kampfes der Arbeiterklasse für ein besseres Wirtschaftssystem anzusehen.

Die faschistischen Gewerkschaften sind nichts weiter als bürokratisch geleitete Staatsorgane zum Schutz des Privateigentums. Als solche sind sie auf dem Juristenkongress von faschistischen Führern, auch vom Justizminister in der Kammer bezeichnet worden.

Die Schlussfolgerung für Deutschland besteht darin, aus dem jetzt noch zweifelhaften und zum Teil lahmgelegten demokratisch-parlamentarischen System eine arbeitsfähige gesetzgebende Körperschaft zu machen, die der deutschen Arbeiterklasse bessere Lebensverhältnisse sichert.

Das muß bei allen Wahlen unser Ziel und unsere Aufgabe sein.

### Lohnabbau! Und Resultat?

Die Notverordnung vom Dezember vorigen Jahres wollte die Löhne auf den Stand vom Jahre 1927 zurückbringen. Im Jahre 1927 hatten wir einen Lebenshaltungsindex von 147,8. Im Januar 1932 war der Lebenshaltungsindex auf 126,5, also um 14,29 v. H. seit 1927 gefallen. Das könnte den Anschein erwecken, als ob bei einem Rückgang der Löhne auf das Jahr 1927 immer noch eine Kaufkraft bleibt, die der von damals überlegen ist. Leider sind die Löhne bereits unter den Stand von 1927 gesunken, wobei noch besonders zu berücksichtigen ist, daß die Zuschläge zu den tariflichen Löhnen stark gemindert sind. In den amtlich ermittelten Lebenshaltungskosten fehlt aber auch die in diesem Zeitraum nicht unerhebliche Zunahme in der Steuerbelastung und die Belastung durch die erhöhten Beiträge für die Sozial- und Arbeitslosenversicherung. Es ist mithin anzunehmen, daß die Kaufkraft der voll Beschäftigten weiter geschwächt ist und insgesamt mit Einschluß der Kurzarbeiter und der weiter gestiegenen Zahl der Arbeitslosen ein starkes Manko eingetreten ist.

Die von der Reichsregierung vertretene Auffassung, daß der Reallohn nicht gesenkt werden sollte, hält vor keiner Kritik stand. Dagegen ist erreicht, daß das Lohnkonto im Betrieb niedriger gehalten wurde, und diese Ersparnis zunächst dem Betrieb zugute kommt, ohne sich im Preis des Produktes voll auszuwirken. Das deutliche Unternehmertum wollte im Grunde nichts anderes bezwecken, als den Vorteil beim Lohnkonto zugunsten des Gewinnkontos zu verwenden.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Die Wühlarbeit der A.G.O. in der Margarine-Industrie.

Demagogische Hehe, „revolutionäre“ Phrasen, aber keine Erfolge.

Die A.G.O. betreibt gegenwärtig in der Margarineindustrie eine wüste Agitation gegen unseren Verband. Sie läßt dabei die üblichen Schimpfkanonaden los. Unsere Funktionäre werden als „Kapitalsknechte“, „Arbeiterverräter“ u. dgl. tituliert. Vor den schlimmsten Verdrehungen und Entstellungen schreckt die A.G.O. nicht zurück. All das geschieht lediglich zu dem Zweck, unsere Organisation zu schwächen und die Arbeiterschaft der Willkür der Arbeitgeber auszuliefern. Ständen die Kommunisten oder die A.G.O. im Solde der Arbeitgeber, sie könnten die Interessen des Kapitals nicht besser vertreten, als sie es durch diese Zerstörungsarbeit tun.

Die Zerstörungsarbeit der Gewerkschaften war seit jeher die Aufgabe der K.P.D., bzw. der A.G.O. Das geht bereits aus einem Parteibefehl vom 28. August 1919 hervor. Was ist nun die besondere Ursache dieser wüsten Agitation gegen uns in der Margarineindustrie? Man wirft uns vor, daß wir einen Lohnabbau bis zu 50 Prozent durchgeführt und dagegen nicht angekämpft hätten. Ein größerer Schwindel ist nie in die Welt gesetzt worden als dieser. Was ist nun Tatsache? Unser Verband hat es verstanden, in der Margarineindustrie den alten Lohn noch lange zu halten, als in den anderen Industriezweigen die Löhne schon gesenkt waren. Erst am 1. September des vorigen Jahres trat für die Margarineindustrie die erste Lohnsenkung ein.

Aber auch dann ist es uns gelungen, für die Kurzarbeiter den alten Lohn noch weiter zu halten. Dadurch, daß wir erst am 1. September 1931 die erste Lohnsenkung hatten, brachte die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 den Margarinearbeitern am 1. Januar 1932 nur eine Lohnsenkung von 10 Prozent. Wir haben also in der Margarineindustrie bei der Lohnsenkung wesentlich besser abgeschnitten als in anderen Industriezweigen. Tatsächlich ist der Lohn der Margarinearbeiter, soweit sie voll arbeiteten, im Jahre 1931 von 1,10 Mk. auf 1,05 Mk., also um rund 4,5 Prozent, herabgesetzt worden. Die A.G.O. aber schreibt, der Verband der Fabrikarbeiter hat im Jahre 1931 einen Lohnabbau bis zu 50 Prozent durchgeführt. Nur berufsmäßige Verleumder können derartige Dinge behaupten. Mit Unwissenheit hat dieses nichts mehr zu tun. Wir sind von den Segenmeistern der A.G.O. allerlei gewohnt, aber schlimmer und offener, als der Schwindel hier betrieben wird, kann nirgends geschwindelt werden. Selbst wenn wir die Lohnsenkung vom 1. Januar 1932 dazurechnen, dann sind das zusammen noch nicht 15 Prozent.

Uns wird der Vorwurf gemacht, wir hätten den Kampf gegen die Lohnherabsetzung durch Notverordnung nicht aufgenommen. Hierzu nur ein paar Worte. Die A.G.O. hat durch ihre dauernde Zerstörungsarbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete und die K.P.D. hat durch ihre Tätigkeit auf politischem Gebiete am meisten dazu beigetragen, daß die Arbeiterschaft heute nicht geschlossen da steht. Wäre diese Spaltungstätigkeit nicht betrieben worden, dann hätte der Kampf gegen einen Lohnabbau mit Erfolg geführt werden können. Erst schwächt man also die Arbeiterschaft in ihrer Kampfsposition, dann macht man denen Vorwürfe, die wirklich praktische Arbeit geleistet haben.

Unser Verband hat in der Margarineindustrie seit dreizehn Jahren praktische Arbeit geleistet. Wir haben für die Margarinearbeiter die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt, haben unseren Kolleginnen und Kollegen Urlaub gesichert, Zuschuß zum Krankengeld gesichert, Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit gesichert und haben für die Margarineindustrie durch praktische Tarifpolitik Löhne festgelegt, die sich anderen Löhnen gegenüber sehen lassen können. In vielen Betrieben haben unsere Kollegen und Kolleginnen mit den Betriebsleitungen eine verträglichste Arbeitszeit vereinbart. Dadurch sind Entlassungen größeren Umfangs oft vermieden worden, damit das Heer der Arbeitslosen nicht

Was hat die A.G.O. demgegenüber getan? Hat sie etwa den Kampf gegen den Lohnabbau durch Notverordnung aufgenommen? Sie hat nicht einmal den Versuch unternommen, weil ihre Kraft dazu nicht ausreichte. Ihre Kraft reichte aber dafür aus, die Arbeiterschaft zu zersplittern; das ist alles. Die Drahtzieher der A.G.O. bewirfen unsere Funktionäre mit Dreck und Schmutz für die praktische Arbeit, die sie geleistet haben. Die A.G.O. ist zur praktischen Gewerkschaftsarbeit nicht fähig. Sie ruft nun die Margarinearbeiter zum Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie auf. Überall sollen Kampfausschüsse gebildet werden. Die A.G.O. verfolgt hier dieselbe Taktik, die sie in anderen Industriezweigen angewendet hat. Was ist damit erreicht worden?

In manchen Fällen haben die Drahtzieher der A.G.O. es fertiggebracht, die Arbeiterschaft in wilde Streiks hineinzutreiben. Aber die größten Schreier zum Kampf meldeten sich bei Ausbruch des Streiks krank oder die A.G.O.-Leute waren die ersten, die wieder in den Betrieb hineinflüchten. Hierfür nur ein paar Beispiele: Im städtischen Fuhrpark in Düsseldorf wurde die Arbeiterschaft durch die A.G.O. in einen Streik gekehrt. Der A.G.O.-Obmann des Betriebsrats meldete sich am gleichen Tage brieflich krank, an dem er durch seine Hege den Streikbeschuß zustande gebracht hatte. So sehen die Strategen der A.G.O. aus! Andere hegen sie in den Streik, sie werden rechtzeitig krank. In einer Fabrik in Piesdorf bei Wittenberg hegte ein



Betriebsratsmitglied die ganze Belegschaft dauernd auf zum Streik. Derselbe A.G.O.-Mann, der durch seine Hege den Streikbeschuß herbeigeführt hatte, meldete sich am gleichen Tage pünktlich zur Nachschicht. Das sind nur zwei Beispiele von den vielen, wie es die A.G.O.-Leute treiben. In einer Papierfabrik in Solingen wurden die Leute trotz Kurzarbeit in den Streik getrieben. Der Streik brach in 14 Tagen zusammen. 40 arbeitswillige Nazis waren im Betrieb, dafür blieben 40 Streikende draußen. Bei einem Streik der Fensterputzer in Bremen forderten zwei A.G.O.-Leute vom Gesamtverband, dem sie nicht angehörten, Unterstützung. Dieses lehnte der Gesamtverband ab; sie wurden zu Streikbrechern. Diese Beispiele könnten um zahlreiche vermehrt werden. So sehen die A.G.O.-Leute aus, die jetzt die Margarinearbeiter durch große Worte zum Kampf aufrufen wollen.

Die A.G.O. treibt die Arbeiter in den Streik, nachdem sie vorher die Organisation geschwächt hat. Die Streikenden dann zu unterstützen, damit sie im Kampfe ausharren können, lehnt die A.G.O. ab. Sie kann es auch nicht, denn sie hat dafür keine Mittel. Ein Arbeiter in Mannheim, der in einem Notstandsarbeiterstreik mitstreikte und Familie hatte, erhielt ganze 64 Pfennig Streikunterstützung die Woche. Bei einem Streik der Firma Pelz in Erfurt stellte die A.G.O. den Streikenden ein Lebensmittelpaket im Werte von 5 Mark als Unterstützung für mehrere Wochen zur Verfügung. Bares Geld erhielten die Streikenden nicht. Das sind Worte und Taten der A.G.O. Auch diese Beispiele könnten beliebig vermehrt werden.

Für die Margarinearbeiter taucht nun die Frage auf, wollen sie, daß in der Margarineindustrie ähnliche Zustände einreißen? Die A.G.O. ist die beste Schutztruppe der Unternehmer. Seit jeher haben die Arbeitgeber darauf hingearbeitet, die Arbeiterschaft zu zersplittern. Gelbe Werkvereine u. dgl. wurden früher dazu gegründet. Das brauchen die Unternehmer heute nicht mehr. Die A.G.O. macht diese Arbeit für sie unentgeltlich. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ der Großunternehmer, schrieb über die A.G.O. folgendes:

„Solange die kommunistische A.G.O. als Pfahl im Fleische der Gewerkschaften bohrt, erfüllt sie für das Unternehmertum eine historische Mission.“

Drahtzieher kann der A.G.O. nicht beheimigt werden, daß sie Handlanger des Kapitals ist. Solange die Arbeiterschaft sich selbst zersplittert, brauchen die Unternehmer gelbe Werkvereine nicht zu gründen. Die A.G.O. besorgt die Zersplitterung umsonst, die Werkvereine kosten den Unternehmern Geld.

In Flugschriften, Zeitungsartikeln und Briefen an die Betriebsräte stellt die A.G.O. es so dar, als hätte sie in der Margarineindustrie schon einen großen Anhang. Wir haben festgestellt, daß das Schwindel ist. Die A.G.O. hat keinen nennenswerten Anhang in der Margarineindustrie. Was in der Margarineindustrie zur A.G.O. gehört, setzt sich größtenteils

Organisation gegenüber nie gern ihre Pflicht erfüllt haben: die ersten, aber nicht säen wollen. Versuche der A.G.O., Versammlungen in größerem Umfange zustande zu bringen, sind bislang gescheitert. Mit allen Mitteln versucht man unsere Funktionäre und die Betriebsräte für die A.G.O. einzufangen. Bisher war auch hier die Mühe umsonst.

Zu welchen verbrecherischen Mitteln man greift, um unsere Funktionäre einzuschüchtern, dafür nur ein Beispiel: In der Margarinefabrik zu Mannheim haben die A.G.O.-Leute unseren Kollegen gedroht, unsere Funktionäre bei dem Arbeitgeber anzuschwärzen, wenn sie für unsere Organisation Werbearbeit leisten. Soll noch deutlicher bewiesen werden, daß die A.G.O. sich als Handlanger des Kapitals fühlt? Selbst vor Denunziationen wollen sie nicht zurückschrecken, wenn es gilt, die Gewerkschaft zu schädigen. Man stelle sich vor, ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter würde einem A.G.O.-Mann gegenüber dieselbe Drohung ausgesprochen haben, welches Geheul würde dann die ganze A.G.O.-Meute über den Arbeiterverräter usw. anstimmen. A.G.O.-Vertreter aber bedrohen unsere Funktionäre, daß man sie brotlos machen will, wenn sie ihre Werbearbeit für unsere Organisation fortsetzen. Und so etwas nennt sich dann noch „revolutionär“.

Für die Margarinearbeiter und -arbeiterinnen gilt es nun, die Augen offen zu halten. Kommt ihnen jemand mit den A.G.O.-Titeln, dann halte man den A.G.O.-Leuten vor Augen, was unsere Organisation für die Margarinearbeiter geleistet hat, und man frage sie, was denn die A.G.O. in der Margarineindustrie bislang aufweisen kann. Die Antwort wird sein: „Nichts!“ Die A.G.O. nippt bei jeder Gelegenheit den Mund recht voll. Sie hat die Arbeiter wiederholt in wilde Streiks hineingetrieben, sie hat die Streikenden dann ihrem Elend überlassen, und die Kämpfe mußten elend zusammenbrechen. Ja, die größten Schreier im Kampf wurden Streikbrecher und Verräter an ihren eigenen Klassengenossen. Der Arbeiterschaft aber haben diese wahnsinnigen Taten der A.G.O. unzählige Opfer gekostet. Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen waren immer die Folge der A.G.O.-Taktik.

Diese Zustände dürfen in der Margarineindustrie nicht eintreten. An unsere Kolleginnen und Kollegen, namentlich aber an unsere Funktionäre der Margarineindustrie ergeht der Ruf: Laßt euch von diesen Maulhelden nicht einschüchtern und nicht irreführen! Gebt ihnen bei jeder passenden Gelegenheit die richtige Antwort! Sagt ihnen, daß es mit dem Maulaufreißen nicht getan ist und daß die A.G.O. praktische Arbeit nicht leisten kann! Aber der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hat große Erfolge für die Margarinearbeiter aufzuweisen. Noch verfügen wir in der Margarineindustrie über eine gute Organisation. Stärkt unseren Verband, holt den letzten Mann und die letzte Frau zu unserer Organisation heran! Nur so könnt ihr die Interessen der Margarinearbeiter vertreten!

E. Senkfeil.

### Verschiedene Industrien

#### Spielwaren, Kunstblumen und Heimarbeitartikel auf der Leipziger Frühjahrsmesse.

An der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse nehmen insgesamt 7622 Aussteller teil. Das sind 1342 Aussteller oder etwa 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Ausländerfirmen sind aus 26 Staaten vertreten, zusammen 1091. An der Spitze steht die Tschechoslowakei mit 282, Japan mit 191, Österreich mit 142, Frankreich mit 96, die Türkei mit 60, Italien mit 52 und Dänemark mit 41 Ausstellern. Die übrigen Staaten entfallen von 1 bis 31 Aussteller.

Den Auftakt zur Messe gab der Presseabend am 6. März 1932. Die Reden, die da gehalten wurden, standen alle unter dem Eindruck der allgemeinen Wirtschaftskrise. Als Redner trafen an: Dr. Köhler, der Vorsitzende des Direktoriums des Leipziger Messeamts, Chr. Fülles als der Vertreter der inländischen Presse, Albert M. Binz als Vertreter der ausländischen Presse, der Reichskommissar für die Preisüberwachung Dr. Goerdeler, ferner je ein Vertreter der Türkei und Polens. Alle Reden waren getragen von der bangen Sorge um die Zukunft; insbesondere ließen die ausländischen Vertreter durchblicken, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland ihnen Sorge bereite.

Die Spielwarenindustrie ist vertreten von 673, die Kunstblumenindustrie von einigen Dutzenden Ausstellern. Produkte aus der Heimarbeit werden von Firmen aus fast allen Industrien gezeigt. Die Spielwarenindustrie setzt sich zusammen aus einer Reihe Untergruppen. Die Karneval- und Festartikel-, die Masken-, die Merbel- und die Christbaumschmuckgruppen werden der Spielwarenindustrie zugezählt. In der Hauptsache hat die Spielwarenindustrie die altbekanntesten Spielsachen aus Holz, Metall, Papiermaché, Pappe, Zelluloid, Gummi und Textilstoffen gezeigt. Das trifft auf die Aussteller des In- und des Auslandes zu. Neuheiten wurden gezeigt von fast allen Branchen der Spielzeugindustrie des In- und Auslandes. Allgemein kann über diese Industrie gesagt werden:

Die Spielzeugindustrie ist heute auf dem ganzen Erdball weitgehend spezialisiert, wodurch auch der Handel in Spielwaren eine Erschwerung erfahren hat. Nach zwei Richtungen hin hat sich die Spielwarenindustrie besonders deutlich entwickelt. Einmal ist sie der allgemeinen Entwicklung gefolgt, die ein besonderes Interesse für technische Dinge gebracht hat, zum anderen ist sie auf die Psychologie des Kindes eingegangen, das spielen will und das mit dem Spieltrieb die Phantasie entwickelt. Dieser innere Sinn der Spielzeugindustrie findet auch seinen Niederschlag auf der Messe.

Die Fabrikation von technischem Spielzeug bevorzugt heute fast ausschließlich Material, wie es in der Technik selbst Verwendung findet, also Stahl, Eisen, Messing und andere Metalle, die in billigeren Preislagen vielfach durch Blech ersetzt werden. Der weitere Ausbau dieses Fabrikationszweiges wird durch das Bestreben gekennzeichnet, möglichst alle modernen Erfindungen im Spielzeug nachzuahmen und die

nach Möglichkeit einen stark verkleinerten Effekt des Vorbildes leistet. Derartige Spielzeug wird entweder als fertiges Produkt hergestellt, das durch Uhrfederanzug, durch Dampf oder durch elektrischen Strom betrieben wird, oder es wird als technischer Baukasten fabriziert, der dem spielenden Kinde die Möglichkeit gibt, aus dem Material verschiedene Modelle zusammenzubauen.

Als Neuheiten finden auf der Messe besonderes Interesse verschiedene Modelle eines Schienenzuges, von Segelflugzeugen, schwanzlosen Flugzeugen, von Unterseebooten, elektrischen Lokomotiven, so daß sämtliche technische Erfindungen in die Spielwelt des Kindes Eingang finden. Das Verlangen des Kindes, solches Spielzeug selbst zusammenzubauen, findet durch weiter ausgebildete Muster von technischen Baukästen neue Anregung.

Das früher bevorzugte Spielzeug, das weniger an das technische Interesse des Kindes appellierte, dafür aber mehr die Phantasie des Kindes in Anspruch nahm, macht alle Anstrengungen, um die frühere Bedeutung im Leben des Kindes wiedergewinnen. Die Farbe im modernen Spielzeug spielt eine größere Rolle als bisher, da man ihre Bedeutung für die seelische Entwicklung des Kindes erkannt hat.

Ein sehr großes Angebot hat die Leipziger Frühjahrsmesse in Unterhaltungsspielen aller Art gebracht. Nach wie vor bleibt auch im Spielzeug der Sport Trumpf. So werden neue Modelle in Unterhaltungsspielen angeboten, die im Fußball oder im Tennis oder in anderen Sportarten ihr Vorbild finden.

Die ausländische Spielwarenindustrie hat auf der Messe weniger Neuheiten gezeigt. Es wurden in der Hauptsache die altbekannten Spielsachen zum Verkauf angeboten.

Die Kunstblumenindustrie zeigte künstliche und präparierte Pflanzen und Früchte. Die künstlichen Produkte waren in der Hauptsache aus Stoff und Chenille, Papier, Wachs, Papiermache und Pappe, aus Glas, Porzellan, Zelluloid, Metall und sonstigem verwandten Material.

Die Federindustrie zeigte Bettfedern, Federpelzwerk, Federschmuck für Puppen, Federwedel, Federwindmühlen und eine Reihe Artikel für Karnevalszwecke.

Christbaumschmuck wurde angeboten aus Glas, Lametta, Metall, Pappe, Papier und Watte, dazu künstliche und naturpräparierte Christbäume. Neuheiten hat insbesondere die leonische Industrie Frankens auf den Markt gebracht, in Form von Girlanden und Sternen für Christbäume aus leonischen Gespinnsten. Auch in Christbaumschmuck aus Glas waren eine Reihe Neuheiten zu sehen.

Die Karneval- und Festartikelindustrie und auch die Maskenbranche zeigten ebenfalls eine Reihe Neuheiten in Papier, Papiermache und in Scherzartikeln.

Die Frage, die gegenwärtig von Arbeitern und Unternehmern gestellt wird: „Was wird die Messe den erwähnten Industriegruppen bringen?“ ist so zu beantworten: „Da die Industriegruppen zu den sogenannten abhängigen Industrien gehören, können sie von der diesjährigen Messe nicht allzuviel erwarten. Spielwaren, Blumen wie Federn werden zum Teil als Luxus, zum mindesten aber als nicht vordringlich notwendige Waren bezeichnet. Diese Auffassung besteht im Inland wie im Ausland und bekommt ihre Note auf Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Bei gutgehender Wirtschaft werden auch solche Industrien wie die Spielwaren-, Blumen- und Federindustrie befördert, bei schlechter Wirtschaftslage aber zuerst von diesem Zustand mit betroffen. Die Erwartungen dürfen also nicht sehr hoch gespannt werden.“

Auf die Ansichten der Messe im allgemeinen kann zusammenfassend gesagt werden: Für reinen Luxus besteht heute sowohl im Inlande als auch im Auslande wenig Verkaufsaussicht. Schwer ist es auch, Aufträge auf solche Produktionsmittel zu erzielen, die zur Schaffung neuer Betriebe benötigt werden. Es wegt gegenwärtig niemand, weder im Inlande noch im Ausland, Kapital zu investieren. Durch diesen Zustand wird die Konsumgüterindustrie wie Produktionsgüterindustrie gehemmt. Der gegenwärtige Krisenzustand in der Weltwirtschaft hat auch der Leipziger Frühjahrsmesse 1932 seinen Stempel aufgedrückt. S. Ellein.

### Frauenfragen.

#### An unsere arbeitslosen Kolleginnen.

Leider müssen wir häufig beobachten, daß arbeitslose Kolleginnen trotz der zunehmenden Verschlechterung ihrer Lebenslage von einer Gleichgültigkeit befallen werden, die sie ihre Pflichten gegen Gewerkschaft und Partei fast gänzlich vergessen macht. Auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht, führen diese Kolleginnen, die früher zum Teil fleißige Versammlungsbeförderinnen waren, als Begründung an, daß sie doch arbeitslos seien, eine ganz geringe Unterstützung bekommen und nicht mehr zu verlieren hätten.

Kolleginnen, diese Ansicht ist irrig! Warst du, Kollegin, eine klassenbewusste Arbeiterin, eine immer überzeugte Gewerkschaftlerin? Kennst du die Gefahren wirklich, die dir durch die Arbeiterlosigkeit drohen? Ist es nicht dein Recht, die Arbeiterrechte zu verteidigen? Ist es nicht dein Recht, die Arbeiterrechte zu verteidigen? Ist es nicht dein Recht, die Arbeiterrechte zu verteidigen? Ist es nicht dein Recht, die Arbeiterrechte zu verteidigen?

Hunderttausende von Kollegen und Kolleginnen sind dem Rufe der Eisernen Front gefolgt. Sie sind bereit, in der Eisernen Front für die Freiheit der Arbeiterklasse zu kämpfen. Und du willst nicht mitkämpfen? Willst du feigenhaftig werden? Die Eisernen Front besteht zum großen Teil aus arbeitslosen Kameraden, die entschlossen sind, die faschistischen Diktator fernzujagen! Hast du noch nicht davon gehört, wie es in Italien aussieht, wo faschistische Diktator herrscht? Ist dir nicht schon der Gedanke furchtbar, daß es bei uns auch so werden könnte? Daß man dich deiner persönlichen und politischen Rechte beraubt und deinen Anspruch auf bessere Entlohnung und mehr Menschenwürde einfach unbeachtet läßt, kann dir doch nicht gleichgültig sein.

Kollegin, es kann dir auch nicht gleichgültig sein, ob man deine Arbeitslosenunterstützung zu militärischen Rüstungs- und Paradezwecken verwendet! Nach Ausprüchen nationalsozialistischer Führer sind Arbeitslose doch nur „Nichtstuer“ und nicht berechtigt, für ihr Nichtstun noch Geld zu beziehen. Und Kollegin, wenn du wieder in Arbeit kommst, ist es dir dann gleichgültig, wie die Löhne aussehen? Ein Lohn, den dir deine Gewerkschaft durch Tarifvertrag sichert, ist in jedem Fall besser als ein Lohn, der allein von der Willkür des Unternehmers abhängig ist. Was ist dir lieber? Als freie Arbeiterin zu existieren oder als willenloses Objekt, Sklavin des Unternehmertums zu sein, ohnmächtig, gebunden, schlimmer noch als in der Vorkriegszeit unter der Gefindeordnung zu leben?

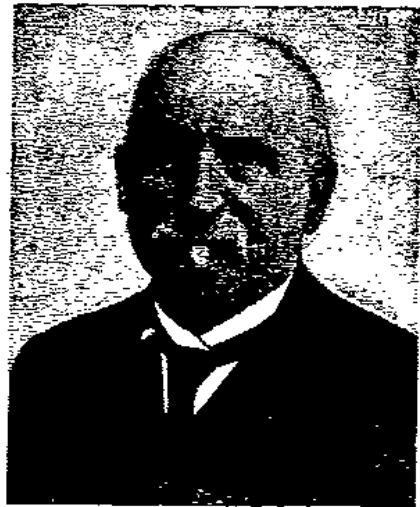
Kollegin, du darfst in dieser gespannten Zeit nicht gedankenlos dahinleben, während andere ihr Leben täglich auch für deine Freiheit aufs Spiel setzen! Glaubst du, daß wir alles nur unseren Kollegen allein überlassen dürfen? Bestimme dich und kämpfe mit, gemeinsam mit den Kollegen, für gemeinsame Interessen! Wir rufen dir zu: „Heraus aus der Gleichgültigkeit! Hole dir Aufklärung in den Versammlungen deiner Gewerkschaft oder in den Jugendorganisationen und in der Partei!“

Unsere Parole sei: Nicht klagen und gleichgültig abseits stehen, sondern fordern und kämpfen! Es gilt die Organisationen der modernen Arbeiterbewegung zu stärken und auszubauen zu gewaltigen Bollwerken, an denen sich unsere Feinde die Zähne ausbeißten müssen!

Martha Schuster (Meißen).

### Berichte aus den Zahlstellen.

Ohrdruf. Unser Kollege Hermann Hahn (Ohrdruf) konnte am 26. Februar 1932 in seltener körperlicher und geistiger Frische seinen 73. Geburtstag feiern. In der zufällig an diesem Tage stattfindenden Zahlstellenversammlung wurden dem Kollegen Hermann Hahn durch den Kollegen Wilhelm Uvelius im Auftrage der Organisation die herzlichsten Glückwünsche zuteil. Unser Kollege Hermann Hahn



ist schon seit 1898 bei uns organisiert und seit dieser Zeit Unterkassierer. Er ist einer unserer besten Unterkassierer und übt seinen Posten noch mustergültig aus. Wir wünschen, daß er noch recht lange unter uns weilen möge, damit er sein Amt zum Ansporn für die jungen Kollegen, die sich aus dem Wirken des Kollegen Hermann Hahn eine Lehre ziehen mögen, ausüben kann. Eine Organisation, die solche Mitglieder hat, ist nicht zu zerstören. Merkt euch das, ihr Zerstörer von links und rechts! Ein goldenes Herz, ein eiserner Wille und tiefinnerste Treue, die führen zum Ziel.

Gräfentroda. Am 24. Januar fand im Gasthaus „Zum Waldor“ die Vertreterversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß im Laufe des Jahres von der Organisation mehr an Unterstützungen ausgezahlt als an Beiträgen eingezahlt wurden. Daran sollten die eine Lehre ziehen, die immer behaupten, daß die Organisation mit den Beiträgen ihrer Mitglieder nicht ordentlich umgehen könnte. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor und wurde vom Kollegen Uvelius erläutert. Dem zurückgetretenen Geschäftsführer, Koll. Richard Schardt, wurde für seine langjährige treue Arbeit innerhalb der Organisation der herzlichste Dank ausgesprochen und ihm ein recht guter Lebensabend gewünscht. In der Diskussion verlangten die Kollegen Karl Müller und Otto Rasch (Ohrdruf), daß die Gewerkschaftsmitglieder mehr zur genossenschaftlichen Arbeit und Unterstützung herangezogen würden. Kollege Uvelius forderte im Schlußwort die Kollegen an, im Jahre 1932 tatkräftig für die Organisation einzutreten. Sodann ergriff Kollege Schönfeld (Erfurt) das Wort zu seinem Vortrag: „Krisis und Gewerkschaften“. In eingehenden Ausführungen bezeichnete Kollege Schönfeld den Weg, den Kampf und das Ziel der Gewerkschaften und forderte zum Schluß an, daß die Gewerkschaftler mit der Eisernen Front den Faschismus niederringen sollten. Bei der Wahl der Ortsverwaltung blieb es bei den bisherigen Kollegen. Wilh. Uvelius.

Gronau-Alfeld. Am 28. Februar tagte im Hotel „Hohenzollern“ in Gronau unsere Jahreshauptversammlung. Der Geschäftsführer, Kollege Klemm, erstattete den Jahresbericht. Auch in unserem Zahlstellengebiet hatten wir mit steigender Arbeitslosigkeit, mit Stilllegung von Betrieben und Kurzarbeit zu tun. Im allgemeinen war die Wirtschaftslage in unserem Zahlstellengebiet aber im Vergleich zu anderen Zahlstellen unseres Verbandes noch einigermaßen erträglich. Die heimische Industrie arbeitete in der ersten Hälfte des Jahres voll; es legte dann Kurzarbeit ein, die bis zum Jahresende anhält. Die Kollegen mußten im vergangenen Jahre zweimal einen Lohnabbau über sich ergehen lassen. In dem einzigen Kalibetrieb in unserem Zahlstellengebiet war die Beschäftigung gut. In der Papier-, Pappen- und Zellstoffindustrie waren die Beschäftigungsmöglichkeiten sehr unterschiedlich. Auch in der Industriegruppe Steine und Erden war die Beschäftigung infolge der schwachen Bauwirtschaft schlecht. Dies wurde von den Unternehmern der Ziegelindustrie besonders augenscheinlich, denn neben einem Abbau der Stundenlöhne wurden die Akkordlöhne wesentlich, teilweise bis zu 40 Prozent, gekürzt. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der Kalkindustrie. In einigen anderen Industriegruppen der Zahlstelle, wie in der Zuckerindustrie und in den Glasfabriken in Oningen, ist das gleiche Bild zu verzeichnen: Kurzarbeit, Stilllegung der noch arbeitenden Betriebe, Lohnabbau. In der Jugendbewegung konnten in unserer Zahlstelle gute Fortschritte gemacht werden. Es wurde eine Jugendgruppe gebildet, die zuerst bei dem Gaujugendtreffen in Detmold an die Öffentlichkeit trat. Die Betriebsratbewegung war im ganzen Zahlstellengebiet zufriedenstellend. Eine Ausnahme machte eine Ziegelei, in der ein nationalsozialistisch angehauchter Obmann antierte. Der AGO-Strategie und dem Nazis ist es trotz aller Hege und Heranzugabe sogenannter Betriebszeitschriften nicht gelungen, uns in der Mitgliederbewegung größeren Schaden zuzufügen. Vor den Spruchauschüssen der Arbeitsämter, vor den Versammlungen und Oberverordnetenämtern, bei den Tarif- und

Schlichtungsinstanzen, Arbeitsgerichten und sonstigen Behörden waren 70 Vertretungen notwendig. Es wurden 108 Mitglieder- und Funktionärsvorstellungen abgegeben. Ferner fanden in unserer Zahlstelle im vergangenen Jahre fünf Filmveranstaltungen statt. Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassa bilanzieren mit 60.997,93 Mk. Davon wurden 29.433,20 Mk. oder 49,04 Prozent der gesamten Einnahmen an unsere Mitglieder als Unterstützungen wieder zurückgezahlt. Das ist eine Antwort auf die Verleumdungen unserer Gegner, daß 75 Prozent aller Einnahmen für Verwaltungszwecke verwendet würden. Die Lokalkasse bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 34.870,72 Mk. Die gesamten Ausgaben der Lokalkasse betragen 23.863,52 Mk. Der Lokalkassenbestand beträgt 10.997,17 Mk. Trotz der Wirtschaftskrise sind unsere finanziellen Verhältnisse gesund. Eine Aussprache über die Berichte fand nicht statt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurde die Liste der Ortsgruppe Gronau gewählt. Ferner wurden der Gauleitung für die Anschaffung eines Tonfilmgerätes 130 Mk. zur Verfügung gestellt. Mit einem Hoch auf den Verband und dem gemeinsamen Liebes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ wurde die Versammlung geschlossen. F. Sch. (Hohenbüchen).

Rudolfsstadt i. Th. Die Jahresversammlung der Zahlstelle fand am 21. Februar statt. Der Zahlstellenleiter, Kollege Liebchen, gab den Geschäftsbericht: Neben den politischen Gegnern ist das Unternehmertum dabei, nicht nur die früheren Errungenschaften für sich auszunutzen, sondern noch weiteren Lohnabbau und soziale Verschlechterungen herbeizuführen. Einen Beweis dafür ergibt die Tarifbewegung der Zahlstelle. In allen Berufsgruppen wurde die Krise reichlich benutzt, um die Löhne recht weit herunterzuziehen. Die 4. Notverordnung wurde dabei ein besonders günstiges Geschenk für die Unternehmer. Man ist in allem bestrebt, den Arbeiter in seinem Lebensstandard auf die Stufe von 1870 zurückzuwerfen. Die Arbeiterklasse wird diese Scharte im gegebenen Moment wieder ausweihen. Die steigende Arbeitslosigkeit hat auch die Zahlstelle Rudolfsstadt stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Schlusse des Jahres hatten wir nur noch 180 vollbeschäftigte Kollegen. Es fanden 15 Stilllegungsverhandlungen statt. Die meisten Stilllegungsanträge wurden genehmigt. Die Zahl der Rechtsstreitigkeiten hat zugenommen. Besonders vor dem Spruchauschuss des Arbeitsamts war die Tätigkeit eine rege. Von 266 Einspruchsverfahren waren 169 von Erfolg. Unerledigt blieben 28. Ein Gesamtbetrag von 7246,75 Mk. konnte den einspruchenlegenden Kollegen wieder zugeführt werden. (In einem Fall konnte die Rückzahlung von 350 Mk. verhindert werden. Ein Kollege erhielt eine Nachzahlung von 154 Mk.) Die Aufenthaltsgeld gestaltung gestaltete sich ebenfalls sehr rege. Es fanden 70 Versammlungen und Sitzungen statt, nebenbei 12 Konferenzen. Verhandlungen vor Gerichten, mit Unternehmern und Behörden 184. Das im Juni in Rudolfsstadt abgehaltene Gaujugendtreffen war von 600 Teilnehmern besucht und hat gezeigt, daß die Begeisterung für unsere Bewegung nicht erlahmt ist. Der Mitgliederstand ist von 2070 auf 1694 zurückgegangen. Die daniederliegende Industrie unseres Bezirks, besonders Porzellan- und Glasindustrie, gestattete eine erfolgreiche Agitation. Auch der Kassenbericht zeigte den Kollegen deutlich die Notwendigkeit der Organisation. Die gesamte Ausgabe an Unterstützungen betrug 66.432 Mk., oder je Mitglied 35 Mk. An die invaliden Kollegen wurden allein 9097 Mk. zur Auszahlung gebracht. Die Aussprache über die Berichte war eine recht rege und bewegte sich in sehr sachlichen Bahnen. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung wurde anerkannt und einstimmig Entlastung erteilt. Die bisherigen Mitglieder der Zahlstellenverwaltung wurden einstimmig wiedergewählt. Im Bericht über das vergangene Geschäftsjahr gedenken wir auch unserer treuen Kollegen Edmund Siegel, der infolge Krankheit aus seinem Dienst für den Verband scheiden mußte. Wer mit dem Kollegen Siegel in Fühlung stand, wird wissen, mit welcher opferbereiter Tätigkeit er seinen Dienst versehen hat. Stets hat er die Interessen der Kollegen und die der Organisation vertreten und alles aufgeboten, den Aufbau der Bewegung zu fördern. Wir wünschen unserem Kollegen Siegel noch einen recht gesunden Lebensabend und sprechen ihm für seine Dienste unseren besten Dank aus! Kollege Schreyer, 1. Bevollmächtigter, schließt die Versammlung mit der Ermahnung, auch in kommender Zeit für die Verbandsbewegung in Treue zu arbeiten und zu werben, um einer lichtvollen Zukunft den Weg zu bahnen.

### Rundschau.

#### Ritterlich.

Hitler hat an den Reichspräsidenten Hindenburg einen Schreibbrief gerichtet, darin er ritterlichen Kampf fordert. Da kommt dem Leser wohl unwillkürlich der Gedanke, wie denn die Nazis kämpfen? Die Antwort lautet: Die Nazis kämpfen zwar nicht ritterlich, dafür aber raubritterlich. Heul Hitler!

### Verbandsnachrichten.

#### Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Karlstadt: Dio. Stumpf, Mitgl.-Nr. 1130 588, Adam Köstlinger, Mitgl.-Nr. 1130 576, Adolf Hermann, Mitgl.-Nr. 311 542 124, Heinrich Schirm, Mitgl.-Nr. S II 542 663; Ludwigshafen: Julius Leger, Mitgl.-Nr. 929 694; Lützen: Max Fald, Mitgl.-Nr. 1103 321, Paul Bornkessel, Mitgl.-Nr. 819 823; Strelitz i. Mecklbg.: Karl Guhl, Mitgl.-Nr. S II 891 930; auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Koffbus-Senftenberg: Max Brendel, Mitgl.-Nr. 1184 113; Landsberg a. d. Warthe: Karl Münke, Mitgl.-Nr. 942 308, Paul Haack, Mitgl.-Nr. 942 334, Karl Walter, Mitgl.-Nr. 904 941; Oppeln: Joseph Schwarder, Mitgl.-Nr. fehlt.

#### Literarisches.

Der Unfallsverhütung-(Wohlfühl-)Kalender 1932 ist erschienen! Der Verband der Deutschen Berufsvereinigungen hat wieder den Unfallsverhütungskalender herausgebracht, der durch die Berufsvereinigungen oder die Unternehmer bezogen und kostenlos an die Arbeiter verteilt wird. Der geringe Preis (15 Pf.) bei größeren Bestellungen 12 bzw. 11 Pf.) für ein 64 Seiten starkes reich illustriertes Heft ermöglicht es jedem gewerblichen Betrieb, diese wertvolle und nachfolgende Unfallsverhütungspampagna in die Reihen der Belegschaft zu tragen und auf diese Weise an der Vermeidung von Unfällen mitzuwirken.

Reichs-Jugendbergszeitung 1932. 20. Ausgabe. 465 Seiten. Herausgegeben vom Reichsverband für Deutsche Jugendbergszeitung, Hildesbach in Westfalen. Preis 90 Pf. Jede der rund 2100 Jugendbergszeitungen innerhalb der deutschen Reichsgrenzen ist genau beschriftet. Besondere Merkmalen weisen die Orte mit Jugendbergszeitung nach. Im Sekretariat findet der Wanderer auch diesmal wieder allerlei Wissenswertes für seine Fahrten.

„Volksfunk-Arbeiterfunk“. Die große Funk-Mitglieder der freien Arbeiterbewegung. In ganz großen Format, 32 Seiten stark, davon 20 Seiten reich illustriert in Feldern hergestellt, erscheint jetzt der „Arbeiterfunk“ unter dem Titel „Volksfunk-Arbeiterfunk“ mit der Hefennummer-Beilage. Der „Volksfunk-Arbeiterfunk“ kann bei jeder Postanstalt für 90 Pf. monatlich, einschließlich Zustellungsgebühr, wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden. Probeheft fordert man von der nächsten Buchhandlung oder vom Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Dieser nimmt auch die Werbung von Werbern entgegen.

Jugend erwache! Eine wirkungsvolle Streitschrift gegen die Gefährdungen der Nationalsozialisten. Sie wendet sich vornehmlich an die Jugend, die nicht aus eigenem Erleben weiß, wie es vor dem Kriege in Deutschland aussah. Verlag: J. S. W. Dietz, G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 10 Pf.

Karl Kautsky: Kommunismus und Sozialdemokratie! Dieg-Verlag, Berlin. Preis 20 Pf. Karl Kautskys historisch-materialistische Analyse läßt den prinzipiellen Gegensatz zwischen der sozialen Demokratie und der bolschewistischen Partei-Autokratie deutlich hervortreten.

## Chemische Industrie

### Intimes aus dem Linoleumkonzern.

Der Linoleumkonzern, der in Deutschland den Markt fast vollständig beherrscht und auch international die Linoleumproduktion fast restlos unter seine Vormächtigkeitherrschaft brachte, hat in den letzten Jahren wiederholt Anlaß zu starker Kritik durch die Öffentlichkeit gegeben. Die Finanzwirtschaft dieses Konzerns hat scharfe Auseinandersetzungen in den Aufsichtsrats- und Vorstandssitzungen hervorgerufen, namentlich das Gebaren des Kommerzienrats Heilner hat zu wahren Revolten in der Konzernleitung Anlaß gegeben. Daß vieles faul im Konzern ist, weiß man seit langem; in welchem Maße dies jedoch der Fall ist, zeigt eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Oldenburg, über die der „Vorwärts“ vor einigen Tagen berichtete.

Diesmal ist es nicht ein Arbeiter, der um seine Pfennige Klage führt, sondern der Syndikus der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer, Prof. Dr. Dursthoff, tritt als klagender „Arbeitnehmer“ auf. Prof. Dursthoff ist trotz seiner Dienste vom Linoleumtruff beiseite geschoben worden, und so erfahren wir aus seinem Kampfe gegen die Leitung des Unternehmens allerhand interessante Einzelheiten. Wir zitieren über die Aussagen des Prof. Dursthoff folgendes aus dem „Vorwärts“:

„Dr. Dursthoff war vertraglich auf Lebenszeit bzw. bei Dienstunfähigkeit mit Pension angestellt. Da der Konzern seine Preisüberwachungsstelle in Oldenburg aufgab, sollte auch der Herr Professor abgebaut, d. h. pensioniert werden. Da er jedoch nicht dienstunfähig war, hatte er auf Weiterzahlung des Gehalts von jährlich 30 000 Mark nebst 5000 Mark garantierter Lantieme geklagt. Diese erste Klage im September 1931 endete mit einem Vergleich, wonach das Gehalt für 1932 weitergezahlt werden und ab 1933 die Pensionierung mit jährlich 12 000 Mark eintreten sollte.

Die neue Klage, die jetzt vor dem Arbeitsgericht Oldenburg verhandelt wurde, drehte sich darum, ob auf Grund der Notverordnung für 1932 Gehaltsabzüge gemacht oder aber das volle Gehalt gezahlt werden soll. Da der Ausgang der Klage hier weniger interessiert als die Verhandlung selbst, sei vorweg bemerkt, daß der Kläger sich einen monatlichen Gehaltsabzug von 500 Mark gefallen lassen muß, er also „nur“ noch 2000 Mark monatlich in diesem Jahre bekommt, seine Pension jedoch von der Notverordnung unberührt bleibt, also 1000 Mark monatlich ab 1933 beträgt.

Bei der Gehaltskürzung hatte der Konzern sich neben der Notverordnung auch darauf berufen, daß die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse auch den Linoleumkonzern getroffen habe; deshalb müßten alle Angestellten sich einen Abzug vom Gehalt gefallen lassen. Der Richter hat der Gesellschaft aufgegeben, einen Nachweis über die Gehaltszahlung der Vorstandsmitglieder und Direktoren nebst deren Kürzungen herzugeben, um so unter Würdigung der Stellung Dr. Dursthoffs beurteilen zu können, ob für ihn eine Kürzung in Frage kommt.

Hier verlagte die Auskunft. Dennoch ergab sich, daß die Generaldirektoren Gesamtbezüge von 500 000 Mark und höher im Jahr erhalten.

Über die Kürzungen der Direktorengehälter wurden Angaben gemacht, die zwischen 23, 30, 37 und 44 Prozent gegenüber den Gehältern von 1927 liegen und bis zu 60 und 65 Prozent der Gehälter von 1930 betragen. Die Erörterung der höchsten Gehälter schien dem Konzern sehr peinlich; auch Dr. Dursthoff, der Andeutungen machte, hielt sich durch Schweigepflicht für gebunden.

Bei den Angestellten ist in verschiedenen abgestuften Stufen das Gehalt gekürzt, so bei einem Monatsgehalt von 400 Mark 5 Prozent, 401 bis 1000 Mark 10 Prozent, bis 1050 Mark 11 Prozent, 1150 Mark 13 Prozent, 1200 Mark 14 Prozent, über 1200 bis 2000 Mark 15 Prozent, über 2000 Mark Monatsgehalt 20 Prozent, rückwirkend auf 1. Juli 1931. Interessant war die Feststellung, daß der Konzern

acht Vorstandsmitglieder, zwei Direktoren und drei Generaldirektoren

befähigt zu den Generaldirektoren ist ein Engländer bei dem Konzernzusammenschluß mit herübergenommen, da der Konzern international ist und alle Produktionsländer umfaßt.

Interessant gestaltete sich die Erörterung der Frage über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Konzerns, wobei die Vertreter des Konzerns darauf hinwiesen, daß auch heute die Gesellschaft mit jedem Pfennig zu rechnen habe. Dr. Dursthoff wollte diese Notlage nicht gelten lassen. Er schildert den Werdegang der Delmenhorster Linoleumwerke seit 1915 und die Gründung des Konzerns 1926, dem in Deutschland alle Betriebe bis auf zwei kleine angeschlossen seien. Bei dieser Gelegenheit sei auch die Linoleum-Wirtschaftsstelle eingerichtet worden, der Dr. Dursthoff vorgestanden habe. Die Zentrale des Konzerns sei die Linoleum-Wirtschaftsstelle sei die eines Direktors gewesen, sein Gehalt gegenüber gleichartiger Stellung kein übermäßig hohes. Da die wiederholten Vergleichsvorschläge des Gerichts zu keiner Einigung führten, ging Dr. Dursthoff zeitweise aus der sich auferlegten Reserve heraus, besonders gegenüber der Bemerkung der Konzernverwaltung, daß man sich auch in wirtschaftlicher Not befände. Die Erörterung der Bilanz von 1928 bis 1930 ergab ein glänzendes Geschäft.

Keine Industrie habe so gut abgeschnitten wie die Linoleumindustrie,

die infolge des fast restlosen Zusammenstufes kolossal hohe Preise haben nehmen können. Die Stilllegung von Betrieben sei doch beabsichtigt gewesen und habe mit dem Gang des Geschäfts nichts zu tun. Die Schließung des Werkes Delmenhorst sei mit Absicht erfolgt. Die Rohstoffe hätten rückläufige Tendenz, Leinöl ist im Preis von 63 bis 109 Mark auf 25 Mark gefallen, während der Preis von 45 bis 50 Mark betrug. Wenn die Umsätze zurückgegangen seien, so deshalb, weil die Preise zu hoch lagen; erst jetzt ist man mit den Preisen heruntergegangen. 33 Prozent Dividende hätten verteilt werden können, wenn man nicht die Aktien veräußert und hohe Abschreibungen gemacht hätte.

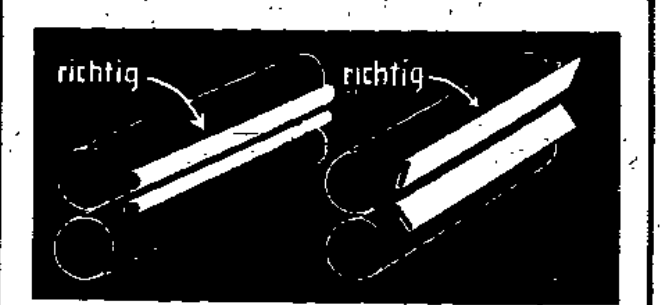
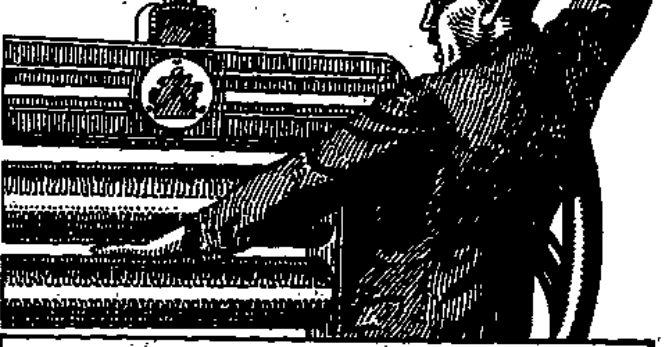
Es ist im Interesse der Allgemeinheit sehr bedauerlich, daß Direktor Dursthoff den Schleier, den zu heben er begonnen hat, nicht vollständig lüftete. Interessant ist für uns die Tatsache, daß nach den Erklärungen Dursthoffs die Stilllegung von Betriebswerken des Linoleumtruffes mit dem Geschäftsgang nichts zu tun hatte. Wenn man den Angaben Dursthoffs Glauben schenkt, und wir haben keine Ursache daran zu zweifeln, so stellt sich der radikale Abbau der Betriebe in Delmenhorst sowohl als auch in Karlshöhe in diesem Lichte als ein Akt wirtschaftlicher Willkür dar, der nur erklärt werden kann aus den brutalen Machinstinkten der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsführung, die im zügellosen Profitstreben jegliches Mitgefühl für die Arbeiterchaft vermissen läßt. So hat der Truff es fertiggebracht, die ehemaligen drei blühenden Werke in Delmenhorst zu einem einzigen Betrieb zusammenzulegen, in dem heute noch zirka

700 Arbeiter von ehemals mehreren tausend Beschäftigten vorhanden sind. Dabei ist die Arbeitsleistung und Produktion nicht zurückgegangen, sondern gewachsen. Auch damit nicht genug, hat die Firma die Arbeiterchaft durch die Anwendung des Bedarfsystems zu Höchstleistungen angespannt. Das sind markante Erscheinungen eines Wirtschaftssystems, das sich berufen glaubt, die Menschheit bis in alle Ewigkeit „beglücken“ zu dürfen.

Die enthüllten Geschäftsgeheimnisse des Linoleumtruffes reihen sich als ein Teilausschnitt würdig dem Gesamtbild unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsverfassung an. Das sind dieselben Kreise, die die Arbeiterchaft heute verantwortlich dafür machen wollen, daß unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem das ganze Getriebe ächzt und stöhnt, die Wirtschaft seit Jahren in einer ungeheuren Krise zuckt. Nicht häufig hat die Arbeiterchaft Gelegenheit, einen Blick in das innerste kapitalistische Wirtschaftsgebilde zu tun, aber die wenigen Fälle zeigen blitzartig, wo der Fehler im „System“ unserer heutigen Wirtschaft zu suchen ist.

R. Seegerer.

## Beseitige niemals vor Walzen-Einlaufstellen



## die Handschutz-Vorrichtungen!

Bestell Nr. - 433 - des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Berlin W 9

## Papier-Industrie

### Verwendungszwang und Papierholzzoll.

II.

Die Erhöhung des Butterzolles auf Grund der vierten Notverordnung ist dem deutschen Volke nicht nur durch Preiserhöhungen auf die Nerven gefallen, sondern die Abwehr in Dänemark, Holland und der Schweiz gegen die Aufnahme deutscher Industrieerzeugnisse zeigt deutlich die Schädigungen, die Deutschlands Industrie aus derartigen Zollmaßnahmen zu erwarten hat. Das gilt auch im vorstehenden Falle.

#### Papierholz-Ausfuhränder

sind neben Rußland besonders Polen, die Tschechoslowakei, Österreich und die baltischen Staaten. Schaltet man Polen aus, mit dem wir sehr zum Schaden der deutschen Wirtschaft seit längerer Zeit im Zollkriege leben, so kommen die übrigen Papierholzlieferstaaten immerhin noch als Abnehmer deutscher Industrieerzeugnisse in Frage. Es gehört schon agrarische Wirtschaftseinstellung, kaiserlich-konservative Staatsgesinnung und landwirtschaftliche Subventionshamferei dazu, um zu glauben, daß diese Staaten die geforderten Zwangs- und Zollmaßnahmen unbeantwortet ließen.

#### Zoll und Verwendungszwang nützen den Konkurrenzstaaten.

Das ist die Schlussfolgerung, die bei objektiver Beurteilung aus den Forderungen der deutschen Land- und Forstwirtschaft gezogen werden muß. Als Konkurrenzstaaten treten in Wettbewerb auf dem Weltmarkt mit Deutschland in erster Linie auf: Finnland, Kanada, Österreich, Norwegen, Schweden und die Tschechoslowakei. Von diesen Konkurrenzstaaten vermag nur Norwegen seinen Papierholzbedarf nicht ganz zu decken, sondern muß — allerdings zu wesentlich günstigeren Bedingungen als Deutschland — einen Teil Papierholz einführen. Alle übrigen Konkurrenzstaaten führen sogar noch Papierholz aus. Diese günstige Basis mit eigener Rohstoffquelle zeigt sich für diese Staaten auch an ihrer Beteilung auf dem Weltmarkt, gemessen an ihrer Erzeugung.

Wir haben an Hand der von der Fabrikarbeiter-internationale in Amsterdam im Jahre 1929 aufgenommenen Produktions- und Außenhandelsstatistik folgende Berechnung vorgenommen:

Staaten	Ausfuhr in Prozent der Erzeugung 1929			
	Papier	Pappe	Zellstoff	Solstoff
Deutschland	19	19	23	—
Finnland	70	99	80	95
Kanada	54	—	48	12
Österreich	48	66	41	18
Norwegen	84	58	74	60
Schweden	67	40	77	62
Tschechoslowakei	23	4	37	—

Die Zusammenstellung zeigt, daß Deutschland — gemessen an den vorhandenen Fabrikationsstätten und an der Arbeiter-

zahl der größte Papierproduzentenstaat — mit seiner Ausfuhrbeteiligung an der Produktion an letzter Stelle steht. Daraus ergibt sich wiederum, daß die deutsche Papiererzeugungindustrie auf dem Weltmarkt, mindestens in den Massenkonsumprodukten, nicht preisbestimmend wirkt, sondern mit den übrigen Staaten in scharfer Konkurrenz steht.

Diesen Weltausfuhrstaaten könnte aber — betrachtet vom kurzfristigen Standpunkte ihrer Papierproduktion — eine Verteuerung der deutschen Papiererzeugung nach den Wünschen der deutschen Land- und Waldagrarier nur willkommen sein; würde doch die Erfüllung der Zoll- und Verwendungszwangswünsche gleichbedeutend sein mit einer Zurückdrängung der deutschen Papierindustrie insgesamt auf dem Weltmarkt.

Daran können aber die rund 500 000 deutschen Papierarbeiter aller Berufsgruppen kein Interesse haben, deren heute schon niedere Lebenshaltung (Löhne, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit) in einer nicht mehr zu verantwortenden Weise gedrosselt würde, nicht zuletzt im Interesse der Ausfuhrmöglichkeiten der gesamten deutschen Papierindustrie. Gerade die Ausfuhrmöglichkeit, der Industriekampf auf dem Weltmarkt, spielte beim Zwangslohnabbau der Stegerwaldschen vierten Notverordnung eine ausschlaggebende Rolle.

#### Entwicklung der Papierholzpreise.

Daß der deutsche Waldbesitz absolut nicht aus idealen Gründen nur den Verwendungszwang und Zollschutz verlangt, um der deutschen Papiererzeugungindustrie zu helfen, sondern daß er mit zu den rabiatesten Konjunkturpolitikern gehört, zeigt die Entwicklung der deutschen Papierholzpreise ab Wald:

Jahr	Preis in Mk. je Raummeter im Durchschnitt
1913	9,00
1925 (Dezember)	12,00
1926	14,00
1928 (Dezember)	15,00
1929 (Dezember)	12,50
1930 (Dezember)	10,00
1931 (Dezember)	7,00
1932 (Januar)	6,00

Die Preise gelten für Papierholz mit Rinde ohne Transportkosten nach der Fabrik.

Auch ohne Verwendungszwang und Zollschutz standen die ausländischen Papierholzpreise fast immer über den deutschen Inlandspreisen, wie folgende Gegenüberstellung ergibt:

Jahr	Preis je Tonne Papierholz mit Rinde in Mk.	
	Auslandsolz frei Grenze	Inlandsolz ab Wald
1913	31,00	23,50
1924	35,00	31,00
1926	33,20	36,50
1930	38,00	26,00

Im Januar 1932 zeigt die Papierholzpreisbildung je Raummeter Holz mit Rinde folgende Entwicklung:

Deutschland (Durchschnittspreis)	6,00 Mk.
Norwegen (Inlandspreis)	8,70 Mk.
Österreich (Ausfuhrpreis deutsche Grenze)	10,25 Mk.
Polen (Ausfuhrpreis deutsche Grenze)	6,10 Mk.
Tschechoslowakei (Ausfuhrpreis deutsche Grenze)	10,00 Mk.

Wenn trotzdem die deutsche Papiererzeugungindustrie die höheren Auslandspreise mifanlegt, so dürfte das nicht nur seine Ursachen in der Laffache haben, daß der deutsche Waldbesitz den Papierholzbedarf höchstens bis zu 50 Prozent decken kann, sondern auch in der Lage mehrerer deutscher großer Zellstoff- und Papierfabriken zu suchen sein, denen aus Frachtkostengründen der Bezug des ausländischen Papierholzes zu höheren Preisen immer noch vorteilhafter erscheint als der Ankauf des billigeren deutschen Papierholzes mit hoher Frachtbelastung. Nicht zuletzt dürfte aber besonders für die Zellstoffindustrie die Qualität des ausländischen Holzes und die dadurch erzielte Stoffausbeute mit ausschlaggebend sein.

Zweck und Übung der Verwendungs- und Zollschutzforderungen der Land- und Forstwirtschaft scheint aber zu sein, mit diesen politischen Mitteln die Auslandspreise auch für das qualitativ schlechtere deutsche Papierholz zu erzielen. Daß für gleichwertige Qualitäten und unter annähernd gleichgünstigen Abnahmeverhältnissen auch für die heutigen Verhältnisse angebrachte Papierholzpreise erzielt werden können, beweisen die Januarnotierungen, die zwischen 2,70 und 9,50 Mk. je Raummeter ungeschältes Papierholz ab Wald schwanken.

Wir sind deshalb der Auffassung, daß diese politischen Forderungen der deutschen Wald- und Landwirtschaft keine nationale Berechtigung haben, da sie außen- und innenpolitisch, besonders aber sozialpolitisch, Folgen anlösen müssen, gegen die sich die Arbeiterchaft mit aller Entschiedenheit wenden muß.

G. Stähler.

## Literarisches.

Arthur Crispian: Die Sozialdemokratie und die Reparationen. Dieg-Verlag, Berlin. Preis 15 Pf. Über keinen Gegenstand der Politik unserer Tage herrscht in breitesten Kreisen des Volkes so große Unkenntnis, wie über die Reparationsverpflichtungen auf Grund des Versailler Vertrages. Genosse Crispian hat das vielumstrittene Thema einer sach- und wahrheitsgemäßen Behandlung unterworfen. Seine eindringlichen Darlegungen sind geeignet, mit dem volksverhüllenden Schwundel vom „Reparations-Sadismus der Sozialdemokratie“ gründlich aufzuräumen.

Dr. Peter Garmy: „Sozialdemokratie“ Nicht „Sozialdemokratie“, sondern sozialistischer Volksstaat. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands. 32 Seiten. Mit Umschlag. Preis 10 Pf. Der geistige Kampf gegen den Sozialismus ist leicht. Spielend sind die Nationalsozialisten als Soldaten des Kapitalismus und als Feinde der Kulturrevolution zu entlarven. Der geistige Kampf gegen den Sozialismus ist immerhin mühsamer, denn wenn die Sozialisten der Schwärmer-Anhänger sind, so ist die Förderung der Kapitalisteninteressen hinausläufig (man braucht sich bloß der Haltung der Kommunisten in der Frage des preussischen Volkenscheitens zu erinnern), so sind ihre Kräfte doch zweifellos gründlich von denen der Hitler-Genie unterworfen und die Momente, die eine wirkliche Kritik ermöglichen, liegen weniger offensichtlich zutage. Um so begründeter ist eine kleine, von Dr. Peter Garmy geschriebene und von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebene Broschüre „Sozialdemokratie“, deren Preis nur 10 Pf. ist und die einiges entscheidende Material gegen die kommunistische Theorie und Praxis zusammenträgt.

Deutscher Bauernkalender 1932. Herausgegeben vom Hauptverband Deutscher Bauernvereine, e. V., Berlin, unter Mitwirkung der ihm angeschlossenen bauernschaftlichen Revisionsverbände. Verlegt bei Carl Seymanns Verlag, Berlin W 8, Rauerstraße 44. Preis (i. A. L. Zeit) geb. 4 Mk.

